

VDI Braunschweiger Bezirksverein e.V.

Satzung des VDI Braunschweiger Bezirksvereins e.V. ab 8. März 2024

Inhalt:

§ 1	Name, Sitz, Geschäftsjahr
§ 2	Zweck
§ 3	Mittel
§ 4	Mitgliedschaft
§ 5	Persönliche Mitglieder
§ 6	Fördernde Mitglieder
§ 7	Beendigung der Mitgliedschaft
§ 8	Rechte und Pflichten der Mitglieder
§ 9	Organe des Bezirksvereins
§ 10	Aufgaben und Einberufung der Mitgliederversammlung
§ 11	Ablauf der Mitgliederversammlung und Beschlussfassung
§ 12	Der Vorstand
§ 13	Sitzungen des Vorstands und Beschlussfassung
§ 14	Beratendes Gremium
§ 15	Geschäftsstelle
§ 16	Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer
§ 17	Regionale Gliederungen des Bezirksvereins
§ 18	Arbeitskreise und regionale Netzwerke
§ 19	Ehrungen
§ 20	Auflösung

Grün Text hinzu
rot Text entfällt
schwarz Text bleibt gleich

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- Der Verein führt den Namen „Verein Deutscher Ingenieure, Braunschweiger Bezirksverein“ (im Folgenden abgekürzt: BV) und hat seinen Sitz in Braunschweig.
- Der BV ist eine regionale Gliederung des Vereins Deutscher Ingenieure e.V. (VDI). Die Satzung und die Geschäftsordnung des VDI sind bindend für den BV, soweit diese ihn betreffen.
- Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- Die Zugehörigkeit eines Bezirksvereins zu anderen Organisationen bedarf der schriftlichen Zustimmung des Präsidiums des VDI. Der Beitritt des BV zu anderen Organisationen und die Gründung von Tochtergesellschaften bedürfen der Zustimmung des Präsidiums des VDI in Textform.

§ 2 Zweck

- Der BV verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- Die Zwecke des BV sind wie Zwecke entsprechen den Zwecken des VDI:
 - die Förderung der technischen Wissenschaft und Forschung,
 - die Förderung der technischen Bildung.
- Die Satzungszwecke werden insbesondere verwirklicht durch:

- die Mitwirkung im Bildungswesen, insbesondere bei der Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung der Ingenieurinnen und Ingenieure sowie des technischen Nachwuchses, Durchführung von Vortragsveranstaltungen, Lehrgängen und Besichtigungen des BV, seiner Orts-/Bezirksgruppen, Arbeitskreise und Netzwerke, zu Schulungszwecken,
 - die Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen, technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen, Institutionen im Ausbildungsbereich sowie anderen Institutionen und Einzelpersonlichkeiten, zur gemeinsamen Förderung der technischen Wissenschaft, Forschung und Bildung,
 - die Öffentlichkeitsarbeit über die Tätigkeit des BV. auf regionaler Ebene.
- Der BV darf seine Satzungszwecke auch durch planmäßiges Zusammenwirken mit dem VDI und/oder einem oder mehreren BV erfüllen. Diese Kooperation erfolgt, indem die Kooperationspartner untereinander Verwaltungsdienstleistungen (insbesondere Geschäftsstellentätigkeiten oder zentrale Dienstleistungen wie etwa Recht oder IT) erbringen, Waren oder Dienstleistungen beschaffen und/oder Gegenstände zur Nutzung überlassen.
 - Eine Mittelweitergabe ist zulässig für die Verwirklichung der in § 2 Abs. 2 genannten Zwecke und in geringem Umfang auch für andere steuerbe-günstigte Zwecke.
 - Der BV ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglied keine Zuwendungen aus Mitteln des BV. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des BV fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mittel

Dem Bezirksverein stehen folgende Mittel zur Verfügung:

- Beitragsanteile der Mitglieder
- Zuwendungen und Schenkungen
- Vermögen und seine Erträge
- Erträge aus Ergebnissen der Bezirksvereinsarbeit

§ 4 Mitgliedschaft

- Mitglieder des BV sind die persönlichen und fördernden Mitglieder des VDI, die ihren Wohnsitz im Bezirk des BV haben oder ihre Tätigkeit dort ausüben. Die persönlichen oder fördernden Mitglieder des VDI sind zugleich persönliche bzw. fördernde Mitglieder des BV, dem sie sich zuordnen. Jedes Mitglied kann sich zeitgleich ausschließlich einem BV zuordnen. Ein Wechsel der Zuordnung ist aus sachlichem Grund möglich, es sei denn, dass übergeordnete Belange des VDI oder eines BV entgegenstehen. Ein solcher übergeordneter Belang ist insbesondere ein gegen das wechselwillige Mitglied laufendes Ausschlussverfahren.
- Mitglieder können auch von anderen BV über deren Angebote informiert werden, sofern zuvor ein entsprechendes Interesse gegenüber dem VDI bekundet wurde.
- Die §§ 1-4 der Geschäftsordnung des VDI enthalten Festlegungen für die Aufnahme und das Aufnahmeverfahren. Die Mitgliedsbeiträge richten sich nach § 11 der Satzung des VDI

sowie nach § 8 der Geschäftsordnung des VDI.

- Die Geschäftsordnung des VDI enthält die Festlegungen für die Aufnahme und das Aufnahmeverfahren. Die Mitglieder teilen Änderungen ihrer beim VDI hinterlegten Kontaktdaten unverzüglich der Hauptgeschäftsstelle per E-Mail oder schriftlich mit. Personenbezogene Daten werden nur zu satzungsgemäßen Zwecken des BV und VDI verwendet.

§ 5 Persönliche Mitglieder

- Persönliche Mitglieder des VDI können werden:
 - als ordentliche Mitglieder
 - Ingenieurinnen und Ingenieure deutscher oder anderer Staatsangehörigkeit, sowie Absolventinnen und Absolventen von Studiengängen der Mathematik, Informatik oder Naturwissenschaften gleich welcher Staatsangehörigkeit,
 - Personen, deren Mitarbeit erwünscht ist und über deren Mitgliedschaft das Präsidium des VDI entscheidet,
 - als außerordentliche Mitglieder
 - Personen, die an einer aktiven Mitarbeit im VDI interessiert sind,
 - als studierende Mitglieder
 - Studierende der Technik- und in Studiengängen der Ingenieurwissenschaften, Mathematik, Informatik oder Naturwissenschaften,
 - als Jungmitglieder
 - Personen zwischen dem vollendeten 4. und dem vollendeten 21. Lebensjahr, auf Antrag auch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, soweit sie weder studieren noch berufstätig sind. Auf Antrag können Jungmitglieder, die zu technischen Berufen ausgebildet werden, bis zum Abschluss ihrer Ausbildung als Jungmitglieder weitergeführt werden, solange sie das 25. Lebensjahr nicht vollendet haben. Die Jungmitglieder sollen an die Arbeit von BV und VDI herangeführt werden.
 - als Ehrenmitglied oder korrespondierendes Mitglied des VDI
 - Persönlichkeiten durch Ernennung des Präsidiums.
- Ordentliche Mitglieder, Ehrenmitglieder, und korrespondierende Mitglieder und ordentliche Mitglieder dürfen unmittelbar hinter ihrem Namen, nicht aber in Firmenbezeichnungen, den Zusatz VDI führen.
- Jedes persönliche im Ausland wohnende Mitglied wird kann entweder unmittelbar beim VDI Netzwerk International, beim entsprechenden BV oder auf Wunsch beim Bezirksverein im landesangrenzenden Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder in einem BV der Wahl geführt werden. Es kann außerdem einem Zusammenschluss von VDI-Mitgliedern außerhalb Deutschlands angehören.

§ 6 Fördernde Mitglieder

Fördernde Mitglieder des VDI können natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften sein, die in der Lage und bereit sind, den Zweck des VDI bzw. des BV ideell und materiell zu fördern.

§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft

- Die Eine Kündigung der Mitgliedschaft ist mit einer Frist von 3 drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres in Textform an die VDI-Hauptgeschäftsstelle oder über den geschlossenen Mitgliederbereich auf der Homepage möglich. Sie erfolgt durch

eingeschriebenen Brief an den zuständigen Bezirksverein oder die Hauptgeschäftsstelle des VDI.

2. Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Tode des persönlichen Mitgliedes.
 - mit dem Tod einer persönlichen Person
 - mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. mit der Ablehnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse
 - mit der Liquidation einer juristischen Person
3. Mitglieder können auf Antrag eines BV oder der Hauptgeschäftsstelle durch das Präsidium des VDI ausgeschlossen werden:
 - 3.1 bei Satzungsverletzung,
 - 3.2 bei Schädigung des Ansehens oder der Interessen des VDI,
 - 3.3 bei Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrages nach wiederholter erfolgloser Mahnung.

In den Fällen der Ziffern 3.1 und 3.2 ist dem Mitglied zuvor sowohl vom BV als auch vom Präsidium Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

4. Gegen den Beschluss des Präsidiums kann das ausgeschlossene Mitglied innerhalb von 30 Tagen nach Zustellung über den BV bei der Vorstandsversammlung des VDI Berufung einlegen. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.
5. Über die Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitglieds entscheidet das Präsidium.

§ 8 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Rechte und Pflichten der Mitglieder richten sich nach § 10 der Satzung des VDI:

1. Persönliche Mitglieder, mit Ausnahme der Jungmitglieder,
 - 1.1 haben Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung ihres Bezirksvereins BV und bei je nach Zuordnung in ihrer Fachgesellschaft oder ihrem Fachbereich, soweit hier eine Mitgliederversammlung durchgeführt wird. Außerordentliche und studierende Mitglieder haben, soweit diese Satzung oder die Satzung und die Geschäftsordnung des VDI nichts anderes festlegen, nur ein aktives Wahlrecht.
 - 1.2 haben das Recht, an die Mitgliederversammlung ihres Bezirksvereins Anträge in Angelegenheiten des VDI zu stellen. Wenn ein Antrag in der Mitgliederversammlung eines Bezirksvereins zweimal abgelehnt worden ist, so ist Berufung bei der Vorstandsversammlung möglich.
 - 1.3 haben im Rahmen der Zweckbestimmung und der satzungsgemäßen Entscheidungen der Organe des VDI ein Recht auf die Vergünstigungen des VDI für seine Mitglieder und auf Inanspruchnahme von VDI-Einrichtungen.
 - 1.4 erhalten nach den in § 7 der Geschäftsordnung des VDI vorgesehenen Mitgliedschaftszeiten die dort genannten Urkunden und Abzeichen. 25jähriger Mitgliedschaft das VDI-Abzeichen mit silbernem Kranz, nach 40jähriger Mitgliedschaft mit goldenem Kranz. Das VDI-Abzeichen mit goldenem Kranz wird für 50 Jahre Mitgliedschaft mit der Ziffer 50, für 60 Jahre mit der Ziffer 60 und von da ab alle 5 Jahre mit der jeweiligen Ziffer verliehen.
2. Jungmitglieder
 - 2.1 haben einen Sitz in der Mitgliederversammlung ihres BV
 - 2.2 haben das Recht, die Einrichtungen des VDI sowie die für sie vorgesehenen Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen. Die

Rechte der Jungmitglieder werden bis zum vollendeten 16. Lebensjahr ausschließlich von ihren gesetzlichen Vertretern wahrgenommen. Die Vertretung durch einen Elternteil genügt.

3. Fördernde Mitglieder
 - 3.1 haben einen Sitz in der Mitgliederversammlung ihres BV.
 - 3.2 haben das Recht, die Einrichtungen des VDI sowie die für sie vorgesehenen Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen.
 - 3.3 sollen aus ihrem Betrieb ein persönliches Mitglied des VDI als ihre Ansprechperson ihren Vertrauensmann, der die Verbindung zum VDI aufrechterhält, benennen.
4. Alle Mitglieder sind gehalten, den VDI bei der Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben zu unterstützen. Satzung, Geschäftsordnung und die Beschlüsse der Organe des VDI hierzu sind für sie bindend.
5. Mitglieder haben in ihrer dieser Eigenschaft keinen Anspruch auf an das Vermögen des BV oder auf Rückzahlung geleisteter Beiträge.

§ 9 Organe des Bezirksvereins

Organe des BV sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand

§ 10 Aufgaben und Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Der BV hält in der Regel jährlich eine ordentliche Mitgliederversammlung ab.
2. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für
 - die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes,
 - Wahl der Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer,
 - auf Vorschlag des/der Vorsitzenden die Wahl der Versammlungsleiterin oder des Versammlungsleiters und der Wahlleiterin oder des Wahlleiters.
 - die Entgegennahme und Besprechung des Tätigkeitsberichtes über das abgelaufene Geschäftsjahr,
 - die Genehmigung des Jahresabschlusses,
 - die Entlastung des Vorstandes,
 - die Entgegennahme und Besprechung der Tätigkeitsberichte der Leitungen der Orts-/Bezirksgruppen und Arbeitskreise sowie der Sprecherinnen und Sprecher der Netzwerke
 - die Behandlung von Anträgen,
 - die Beschlussfassung über Satzungsänderungen, über die Zusammenlegung mit einem anderen BV und über Auflösung des BV nach Maßgabe dieser Satzung sowie der Satzung des VDI.

Vorschläge für die Wahl des Vorstandes müssen schriftlich spätestens 4 Wochen vor dem Wahltermin dem amtierenden Vorstand vorliegen.

3. Der Vorstand beruft eine ordentliche Mitgliederversammlung unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen in Textform, auch mittels Übersendung der Mitgliederzeitschrift ein. Dabei sind Ort (bei Präsenz- und hybriden Sitzungen) bzw. Art und Weise (bei Teilnahmemöglichkeit auf elektronischem Wege), Zeit und Tagesordnung anzugeben. Eine Einladung gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn sie fristgemäß an die letzte vom Mitglied der Hauptgeschäftsstelle nach § 4 Ziffer 4 mitgeteilten Adresse (E-Mail-Adresse, Postanschrift) gerichtet wurde.

4. Die Versammlungen erfolgen in Präsenz, virtuell (durch Internet-, Telefon- oder Videokonferenz) oder hybrid als Präsenzversammlung mit Zuschaltung von virtuell teilnehmenden Mitgliedern. Bei einer Teilnahme auf elektronischem Wege können die Mitglieder sämtliche ihrer Mitgliederrechte im Wege der elektronische Kommunikation ausüben.
5. Jedes Mitglied kann bis spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung per E-Mail oder schriftlich beim Vorstand Anträge stellen. Eine hieraus folgende Änderung der Tagesordnung ist spätestens zu Beginn der Mitgliederversammlung bekanntzugeben. Anträge zur Wahl bzw. Abwahl von Vorstandsmitgliedern, zur Zusammenlegung oder Auflösung des BV oder zur Änderung dieser Satzung, die nicht bereits in der fristgemäßen Einladung nach Ziffer 3 angekündigt wurden, sind von einer Ergänzung der Tagesordnung ausgeschlossen und werden erst auf der darauffolgenden Mitgliederversammlung behandelt.
3. Zu der Mitgliederversammlung hat jedes persönliche Mitglied, mit Ausnahme der Jungmitglieder, Zutritt. Die Sitzungen können auch virtuell (durch Internet-/Telefon- oder Videokonferenz) oder hybrid als Präsenzsitzung mit Zuschaltung von Teilnehmenden erfolgen.
3. Ort und Zeit einer ordentlichen Mitgliederversammlung werden deren Mitgliedern mindestens sechs Wochen vor der Versammlung mitgeteilt. Sie erhalten mindestens vier Wochen vor der Versammlung, soweit möglich auf elektronischem Wege, sonst durch Brief oder vorher durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt, eine Einladung mit der Tagesordnung. Alle Antragsunterlagen liegen den Mitgliedern zwei Wochen vor der Sitzung zur Kenntnisnahme vor.
6. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können bei Eilbedarf unter Angabe der Gründe Bedarf und müssen auf Antrag von mindestens 1/3 aller ordentlichen Mitglieder von der bzw. dem vom Vorsitzenden einberufen werden. Ort, Zeit und Tagesordnung werden mindestens 2 Wochen vorher bekannt gegeben. Die Einladung mit Ort, Zeit und Tagesordnung wird mindestens zwei Wochen vorher in der in Ziffer 2 genannten Form bekanntgegeben. Die beantragte Tagesordnung ist verpflichtend zu übernehmen.

§ 11 Ablauf der Mitgliederversammlung und Beschlussfassung

1. Ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlungen sind ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig. Soweit nicht die Satzung etwas anderes bestimmt, entscheidet einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
2. Satzungsänderungen des BV müssen mit 3/4 Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung der Hauptgeschäftsstelle. Bei wesentlichen Abweichungen von der Mustersatzung holt diese die Zustimmung des Präsidiums ein. Die Mitgliederversammlung kann über eine Satzungsänderung nur dann beschließen, wenn der Antrag den Mitgliedern 4 Wochen vorher zur Kenntnis gebracht wurde. Die Satzung und wesentliche Satzungsänderungen bedürfen außerdem der Zustimmung des Präsidiums des VDI.
3. Die Mitgliederversammlung kann die Auflösung oder Zusammenlegung des BV nur bei Teilnahme von wenigstens ¼ der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und ¼ aller stimmberechtigten Mitglieder beschließen., wenn 3/4 der Mitglieder des Vorstandes und 3/4 aller stimmberechtigten Mit-

glieder anwesend sind.

Ist dies nicht der Fall, so muss, wenn der Antrag nicht zurückgezogen wird, eine neue Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung stattfinden, zu der jedes Mitglied gemäß Ziffer 2 mit wenigstens 8 Wochen Frist erneut schriftlich einzuladen ist. Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der teilnehmenden anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Der Auflösungsbeschluss bedarf jetzt der Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen.

- Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Auf Antrag findet die Wahl geheim statt.
- Über jede Mitgliederversammlung wird ein Protokoll angefertigt eine Niederschrift aufgenommen, das von der Versammlungsleiterin bzw. dem Versammlungsleiter und von der Protokollführerin bzw. dem Protokollführer die vom Versammlungsleitenden und von der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer unterzeichnet wird. Das Protokoll Die Niederschrift wird bei den Urkunden des BV aufbewahrt.

§ 12 Vorstand

- Der Vorstand leitet den BV und ist zuständig für alle Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Fragen von allgemeiner Bedeutung soll der Vorstand der Mitgliederversammlung vorlegen.
- Der Vorstand besteht aus hat folgende Mitglieder:
 - dem bzw. der Vorsitzenden
 - dem bzw. der stellvertretenden Vorsitzenden
 - der Schatzmeisterin bzw. dem Schatzmeister
 - bis zu sechs weiteren Mitgliedern, die jeweils ein bestimmtes Arbeitsgebiet wahrnehmen sollen. Ein Arbeitsgebiet soll die Planung und Förderung der Veranstaltungen des BV umfassen.

2.1 Von der Mitgliederversammlung werden gewählt:

- die bzw. der Vorsitzende,
- die bzw. der stellvertretende Vorsitzende,
- die Schatzmeisterin bzw. der Schatzmeister,
- die Schriftführerin bzw. der Schriftführer,
- bis zu fünf weitere Mitglieder auf Vorschlag des Vorstandes, die jeweils ein bestimmtes Arbeitsgebiet wahrnehmen sollen. Ein Arbeitsgebiet soll die Planung und Förderung der Veranstaltungen des BV umfassen.

Die vorstehend unter Ziffer 1.1-1.4 genannten Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt und bilden den geschäftsführenden Vorstand.

Dieser leitet den BV und ist zuständig für alle Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Insbesondere ist er zur Vornahme redaktioneller Korrekturen sowie sämtlicher Änderungen der Satzung ermächtigt, die aufgrund von registerlichen Erfordernissen einer bereits beschlossenen Satzungsänderung zwingend notwendig sind, um die Eintragungsfähigkeit herzustellen, ohne dass es einer erneuten Mitgliederversammlung bedarf.

Fragen von allgemeiner Bedeutung soll der geschäftsführende Vorstand der Mitgliederversammlung vorlegen.

2.2 Zum erweiterten Vorstand gehören außerdem die Leitungen der Orts-/ Bezirksgruppen, der Arbeitskreise und Ausschüsse sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Netzwerke. Die Zusammensetzung des erweiterten Vorstands soll die Diversität der Mitgliedschaft abbilden.

- Die unter Ziffer 1.1-1.3 genannten Vorstandsmitglieder bilden zugleich den vertretungsberechtigten Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Zwei von ihnen vertreten gemeinsam den BV.
- Zur Beratung über bestimmte Themen kann der Vorstand in erweiterter Besetzung tagen. Zu diesem erweiterten Vorstand gehören neben dem geschäftsführenden Vorstand die Leiterinnen bzw. Leiter der Bezirksgruppen und der Arbeitskreise und Ausschüsse, die Sprecherinnen und Sprecher der Netzwerke sowie die Vertrauensperson der VDI-Ingenieurhilfe. Sie haben kein Stimmrecht.
- Die bzw. der Vorsitzende verteilt die Geschäfte des BV auf die Vorstandsmitglieder, gibt die erforderlichen Weisungen und erstattet der Mitgliederversammlung den Tätigkeitsbericht.
- Die Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig und dürfen weder im VDI noch in seinen Gliederungen oder Beteiligungsgesellschaften ein Hauptamt bekleiden.
- Die Mitglieder des im Sinne von § 26 BGB vertretungsberechtigten Vorstandes müssen ordentliche, die sonstigen Vorstandsmitglieder können auch studierende Mitglieder des VDI sein. Die bzw. der Vorsitzende soll im aktiven Berufsleben stehen und aufgrund des Werdegangs und der aktuellen Situation den Bezirksverein repräsentieren können.
- Die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder beträgt 3 Jahre. Wiederwahl ist möglich, der Vorsitzende kann jedoch in unmittelbarer Folge nur einmal wiedergewählt werden. Die Amtszeit des Vorsitzenden beginnt am 01. Januar des auf die Wahl folgenden Kalenderjahres. Alljährlich soll etwa 1/3 der Vorstandsmitglieder neu- oder wiedergewählt werden. Die bzw. der Vorsitzende und die bzw. der stellvertretende Vorsitzende sollen nicht im gleichen Jahr ausscheiden. Zur Sicherung der Kontinuität ist für den vertretungsberechtigten Vorstand eine Überlappung der Amtsperioden herzustellen.

Amtsinnenhaberinnen und Amtsinhaber bleiben bis zur Amtsübernahme durch eine Nachfolge, längstens jedoch für ein Jahr, kommissarisch im Amt.

- Beim vorzeitigen Ausscheiden der bzw. des Vorsitzenden übernimmt die bzw. der stellvertretende Vorsitzende die Leitung des Vereins bis zur Wahl einer bzw. eines neuen Vorsitzenden durch die nächstfolgende Mitgliederversammlung. Scheidet ein anderes geschäftsführendes Vorstandsmitglied vor dem Ende seiner Amtszeit aus, so kann eine Zuwahl durch den Vorstand erfolgen, die durch die nächstfolgende Mitgliederversammlung bestätigt wird.

§ 13 Sitzungen des Vorstands und Beschlussfassung

- Der Vorstand erledigt seine Arbeiten in den Sitzungen. Diese finden statt, wenn es die Geschäfte erfordern oder wenn es mindestens drei Vorstandsmitglieder verlangen. Die Sitzungen können auch virtuell (durch Telefon- oder Videokonferenz) erfolgen, wenn das Gremium dies mehrheitlich beschließt. In dringenden Fällen ist auch schriftliche Abstimmung zulässig. Die

Ergebnisse schriftlicher Abstimmungen werden den Gremienmitgliedern bekanntgegeben.

- Die bzw. der Vorsitzende beruft eine ordentliche Vorstandssitzung unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen in Textform ein. Eine Verkürzung der Ladungsfrist ist mit Zustimmung sämtlicher Vorstandsmitglieder möglich. Die Zustimmung gilt auch mit dem Erscheinen zur Vorstandssitzung als erteilt.

Bei der Einberufung sind Ort (bei Präsenz- und hybriden Sitzungen) bzw. Art und Weise (bei Teilnahmemöglichkeit auf elektronischem Wege), Zeit und Tagesordnung anzugeben. Eine Einladung gilt dem Mitglied des Vorstands als zugegangen, wenn sie fristgemäß an die letzte von diesem der Hauptgeschäftsstelle nach § 6 Ziffer 1 der Geschäftsordnung des VDI mitgeteilten Adresse (E-Mail-Adresse, Postanschrift) gerichtet wurde.

- Die Sitzungen erfolgen in Präsenz, virtuell (durch Internet-, Telefon- oder Videokonferenz oder hybrid als Präsenzsitzung mit Zuschaltung von virtuell teilnehmenden Vorstandsmitgliedern. Bei einer Teilnahme auf elektronischem Wege können die Mitglieder sämtliche ihrer Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben.
- Jedes Mitglied des Vorstands kann bis spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Vorstandssitzung schriftlich oder per E-Mail Anträge stellen. Eine hieraus folgende Änderung der Tagesordnung ist spätestens zu Beginn der Vorstandssitzung bekanntzugeben.
- Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen (Dringlichkeitsanträge), können mit ¾ Mehrheit der Anwesenden behandelt werden. Für die Abstimmung selbst genügt die einfache Mehrheit.
- Außerordentliche Sitzungen können bei Eilbedarf unter Angabe der Gründe innerhalb von mindestens einer Woche von der oder dem Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens fünf Vorstandsmitgliedern einberufen werden.
- Die oder der Vorsitzende führt den Vorsitz in den Vorstandssitzungen.
- Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn wenigstens 2/3 seiner Mitglieder teilnehmen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Redaktionelle Satzungsänderungen im Sinne § 12 Ziffer 2 sind einstimmig zu beschließen.
- Über die Sitzung ist binnen vier Wochen ein Protokoll anzufertigen, das von der Sitzungsleiterin oder dem Sitzungsleiter und der Person, die das Protokoll anfertigt, zu unterzeichnen ist. Das Protokoll wird spätestens nach sechs Wochen an die Vorstandsmitglieder versandt. Es gilt als genehmigt, wenn der Geschäftsstelle des BV innerhalb von sechs Wochen nach Versand kein Widerspruch in Textform zugegangen ist.
- In dringenden Fällen ist eine Abstimmung in Textform auch außerhalb einer Sitzung zulässig, sofern

- alle Vorstandsmitglieder beteiligt wurden
- bis zu dem gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder ihre Stimmen in Textform abgegeben haben
- der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde und
- der Zeitraum zwischen der Versendung der Abstimmungsunterlagen und der Stimmabgabe mindestens zwei Wochen beträgt.

Die oder der Vorsitzende gibt die Ergebnisse dieser Abstimmungen den Vorstandsmitgliedern in Textform bekannt.

- Die bzw. der Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung die bzw. der stellvertretende Vorsitzende, beruft Vorstandssitzungen ein, wenn es die Geschäfte erfordern oder wenn 3 Vorstandsmitglieder es verlangen. Die Tagesordnung wird bei der Einberufung, spätestens 2 Wochen vor der Sitzung bekanntgegeben.
- Die bzw. der Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung die bzw. der stellvertretende Vorsitzende, führt den Vorsitz im Vorstand und in der Mitgliederversammlung.
- Die bzw. der Vorsitzende verteilt die Geschäfte des BV auf die Vorstandsmitglieder, gibt die erforderlichen Weisungen und erstattet der Mitgliederversammlung den Tätigkeitsbericht.
- Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn wenigstens 2/3 seiner Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
- Über jede Sitzung des Vorstandes wird eine Niederschrift aufgenommen. Sie wird von der Sitzungsleiterin bzw. dem Sitzungsleiter und der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer unterzeichnet und bei den Urkunden des BV aufbewahrt.
- Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.
- Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind die bzw. der Vorsitzende, die bzw. der stellvertretende Vorsitzende und die Schatzmeisterin bzw. der Schatzmeister. Zwei von ihnen vertreten gemeinsam den BV.

§ 14 Beratendes Gremium

Beim BV kann ein beratendes Gremium bestehen eingerichtet werden, das die Aufgabe hat, die Interessen des BV zu fördern und den Vorstand zu beraten. Zu Mitgliedern des beratenden Gremiums werden vom Vorstand des BV Persönlichkeiten berufen, die im Bereich des BV ihren Wohn- oder Amtssitz haben und ein besonderes Interesse an der Verbindung zur VDI-Arbeit zeigen. Die Berufung gilt für 3 Jahre und kann wiederholt werden.

§ 15 Geschäftsstelle

- Die Mitgliederversammlung Der Vorstand kann die Einrichtung Errichtung einer Geschäftsstelle beschließen, die nach den dessen Weisungen des Vorstandes handelt.
- Die Geschäftsstelle wird von einem Vorstandsmitglied, einer Geschäftsstellenleiter oder einem Geschäftsstellenleiter oder einer Geschäftsführerin bzw. einem Geschäftsführer geleitet. soll von der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer oder von einer Geschäftsführung geleitet werden.

§ 16 Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer Rechnungsprüfende

- Die Mitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfer 2 Rechnungsprüfende, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Ihre Amtsdauer beträgt 3 Jahre.
- Die Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer Rechnungsprüfenden prüfen die Jahresrechnung, geben einen schriftlichen Bericht für die Unterlagen des BV, berichten der Mitgliederversammlung über das Ergebnis und beantragen die Entlastung des Vorstandes.
- Die Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer Rechnungsprüfenden sind ehrenamtlich tätig.

§ 17 Regionale Gliederungen des Bezirksvereins

- Der Vorstand eines BV bildet kann bei Bedarf Orts-/Bezirksgruppen bilden und setzt deren Grenzen festsetzen. Der Sitz einer Orts-/Bezirksgruppe soll wenigstens 10 km vom Sitz des BV entfernt liegen. Eine Orts-/Bezirksgruppe soll mindestens 20 Mitglieder haben.
- Der oder die Vorsitzende des Bezirksvereins beruft ordentliche Mitglieder als Leiterin oder Leiter von Bezirksgruppen für jeweils drei Jahre.
- Mit Zustimmung der bzw. des Vorsitzenden des BV kann die Leiterin oder der Leiter einen Bezirksamtsausschuss berufen, der unterstützend tätig wird.
- Für die Leitungen von Orts-/Bezirksgruppen werden von der oder dem Vorsitzenden des Bezirksvereins ordentliche Mitglieder eingesetzt und jeweils für drei Jahre berufen.
- Die Leitung kann zu ihrer Unterstützung einen Orts-/Bezirksgruppenausschuss berufen, der der Genehmigung der bzw. des Vorsitzenden des BV bedarf.
- Der Vorstand des BV stellt den Orts-/Bezirksgruppen im Rahmen des Haushalts Gelder aus den Mitteln des BV zur Verfügung.

§ 18 Arbeitskreise und regionale Netzwerke

- Der BV soll entsprechend den Aufgabenbereichen und im Einvernehmen mit den Fachgesellschaften, den Fachbereichen, den interdisziplinären Gremien, den überfachlichen Netzwerken und den berufspolitischen Gremien des VDI Arbeitskreise und regionale Netzwerke bilden.
- Die Bezeichnung der Arbeitskreise oder regionalen und Netzwerke soll sich an den Bezeichnungen der Gliederungen des VDI orientieren. Arbeitskreise oder regionale Netzwerke für andere Aufgabengebiete können vom Vorstand des Bezirksvereins mit Angabe der Zuordnung zu einer Fachgesellschaft bzw. einer berufspolitischen Gliederung des VDI eingerichtet bzw. aufgelöst werden.

Der oder die Vorsitzende des BV beruft für jeweils drei Jahre:

- die Leiterinnen und Leiter der zugehörigen Arbeitskreise
- die Sprecherinnen und Sprecher von regionalen Netzwerken auf Vorschlag des jeweiligen Netzwerks.

Die Berufungen sollen nach Rücksprache mit den Vorsitzenden der jeweiligen in Ziffer 1 genannten Gremien erfolgen. Leitungsposten dürfen regelmäßig nur mit ordentlichen oder studierenden Mitgliedern des VDI besetzt werden; Leiterinnen und Leiter der Jungmitglieder (Clubleiterinnen und Clubleiter) dürfen ausnahmsweise auch außerordentliche Mitglieder sein. Sämtlich dieser Leitungsposten können auch als Doppelspitze wahrgenommen werden. Eine Doppelspitze hat einen Sitz und eine Stimme.

Die Leitungen von Arbeitskreisen bei einem Bezirksverein werden von der oder dem Vorsitzenden des Bezirksvereins eingesetzt und jeweils für drei Jahre berufen. Die Sprecherinnen und Sprecher von Netzwerken werden auf Vorschlag des jeweiligen Netzwerks von der oder dem Vorsitzenden des Bezirksvereins eingesetzt und jeweils für die Dauer von drei Jahren berufen. Das Einsetzen von Sprecherinnen bzw. Sprecher oder Arbeitskreisleitungen soll in Kontakt mit den Vorsitzenden der jeweiligen Fachgesellschaft oder des jeweiligen Fachbereichs, des jeweiligen interdisziplinären Gremiums oder

der in der Gliederung VDI Beruf und Gesellschaft gebildeten Fachbeiräte und Netzwerke geschehen. Die Leitungen der Arbeitskreise und die Sprecherinnen und Sprecher der Netzwerke müssen ordentliche Mitglieder des VDI sein. Die Teamleitungen des Netzwerkes VDI Young Engineers können auch studierende Mitglieder sein. Die Clubleitungen der Arbeitskreise für die Jungmitglieder können auch studierende oder außerordentliche Mitglieder sein.

- Die Arbeitskreise und Netzwerke führen nach dem Namen des BV die Bezeichnung „Arbeitskreise ...“ bzw. „Netzwerke ...“ mit der Angabe des betreffenden Fach- oder Arbeitsgebietes.
- Der Vorstand des BV stellt den Arbeitskreisen und regionalen Netzwerken im Rahmen des Haushalts Gelder aus den Mitteln des BV zur Verfügung.

§ 19 Ehrungen

Neben den Ehrungen durch den VDI ist sind als Ehrung durch den BV die Ehrenplakette und die Ehrenmedaille vorgesehen. Sie können Mitgliedern verliehen werden, die sich um den BV oder um die Technik verdient gemacht haben. Einzelheiten regelt die Ehrungsordnung des VDI. regeln die Ordnung für Ehrungen und Verleihung von Preisen sowie die Richtlinien für deren Vergabe und Abwicklung des VDI.

§ 20 Auflösung

- Die Auflösung des BV oder die Zusammenlegung mit einem anderen BV kann durch die Mitgliederversammlung gemäß § 11 Ziffer 3 § 10 Ziff. 7 beschlossen werden. Der Beschluss wird mit der Entscheidung der Vorstandsversammlung des VDI gem. § 14 Ziff. 2.3 der Satzung des VDI wirksam.
- Bei Auflösung oder Aufhebung des BV oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke muss das vorhandene Vermögen dem VDI zwecks Verwendung für die Förderung der technischen Wissenschaft und Forschung und/oder für die Fortbildung der Ingenieurinnen und Ingenieure zugeführt werden. Zuwendungen an Mitglieder des Vereins sind ausgeschlossen. Vor der Verteilung des Vermögens ist das Finanzamt anzuhören.
- Für die Auflösung oder Zusammenlegung von Orts-/Bezirksgruppen, Arbeitskreisen oder regionalen Netzwerken des Bezirksvereins BV ist der Vorstand des BV zuständig. Das bei der Auflösung festgestellte Vermögen geht an den BV zurück.